

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Italien: Schon bald ein »Miracolo economico«?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2001) : Italien: Schon bald ein »Miracolo economico«?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 54, Iss. 13, pp. 53-59

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163659>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutliche Konjunkturerholung 2000. Schwächeres Wirtschaftswachstum 2001. Spürbare konjunkturelle Besserung 2002, weiterhin gestützt durch die Wirtschaftspolitik. Öffentliches Finanzierungsdefizit heuer und 2002 deutlich höher als geplant. Rascherer Strukturwandel infolge veränderter politischer Situation? Weitere Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Höhepunkt des Preisanstiegs überwunden. Leistungsbilanz weiter annähernd ausgeglichen.

Das soziale und politische Umfeld verzeichnet in den Jahren 2000/2001 erhebliche Veränderungen mit der Folge, dass sich der Strukturwandel beschleunigt, und die noch immer sehr zahlreichen Verkrustungen schneller als bisher aufgebrochen werden.

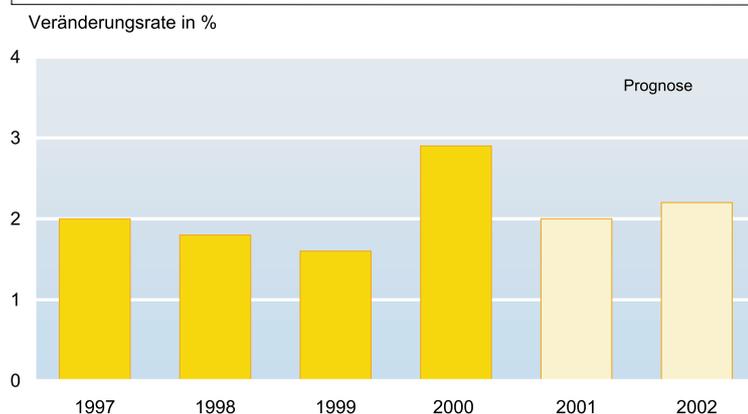
Herausragendes politisches Ereignis des vergangenen Jahres war einmal der den Bestand der Mitte-Links-Koalition nicht gefährdende Wechsel des Ministerpräsidenten im April. Die im Vergleich zu früheren Jahrzehnten glatte Installierung des Kabinetts Amato zeugt nicht nur vom fortschreitenden politischen Reifeprozess, sondern auch vom Willen der Koalitionspartner, die volle Legislaturperiode durchzustehen. Dieser war erheblich geschärft worden durch den Rechtsruck bei den Regionalwahlen vom April 2000 und die danach sehr selbstbewusst auftretende, aber durchaus nicht homogene Parteien-Allianz »Casa delle Libertà« des Medienunternehmers Silvio Berlusconi. Dieser verzichtete schließlich darauf, die Regierung Amato vorzeitig zu stürzen – auch ein Indiz für größere politische Reife – und die Regierung hielt trotz heftiger koalitionsinterner Streitigkeiten und häufiger Entscheidungsschwäche bis zum regulären Ende der Legislaturperiode im Mai 2001 durch (was lange nicht mehr vorgekommen war).

Parallel zur politischen Stabilität zeigten sich während der letzten Jahre vielfältige Symptome eines tiefgehenden Wandels. So kam der Generationswechsel im Unternehmenssektor von den die Nachkriegsjahrzehnte dominierenden großindustriellen »Padroni« zu jüngeren, vielfach auch klein- und mittelständischen Unternehmern voll in Gang, wie u.a. die Wahl von Antonio d'Amato zum neuen Präsidenten des Industrie-

verbandes Confindustria zeigt. Er will, und auch das ist neu, Konflikten mit den Gewerkschaften nicht mehr ausweichen, ohne aber die noch junge Sozialpartnerschaft (»Concertazione«) mit ihnen aufzukündigen. Ferner ist die Liquidation der einst übermächtigen Staatswirtschaft in ihre Endphase getreten. Und schließlich eskalierte der Konflikt zwischen dem Zentralstaat und den mehr Kompetenzen und Freiräume fördernden vor allem norditalienischen Regionen.

Aus den Parlamentswahlen von Mai 2001 ging erwartungsgemäß das Parteienbündnis der rechten Mitte »Casa delle Libertà« als Sieger hervor, welches neben Berlusconis zur Partei mutierten »Forza Italia«, die rechtsstehende Alleanza Nazionale, die christdemokratischen Parteien CCD und CDU, aber auch die Lega Nord des u.a. wegen Rechtslastigkeit und separatistischer Ambitionen sehr umstrittenen Umberto Bossi, die von der EU daher genau beobachtet wird. Ministerpräsident Berlusconi kann sich sowohl in der Abgeordnetenkammer als auch im Senat auf ab-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

solute Mehrheiten stützen. Dies auch dann noch, wenn die Lega Nord wieder ausscheren sollte; wie erinnerlich war 1994 die erste Regierung Berlusconi nach nur siebenmonatiger Amtszeit auf diese Weise zu Fall gebracht worden. Die politische Position der neuen Parlamentsmehrheit wird jedoch relativiert durch die ebenfalls im Mai erzielten Erfolge des unterlegenen Mitte-Links-Bündnisses bei den in einigen Gemeinden (u.a. in Rom, Neapel, Turin) und Provinzen abgehaltenen Wahlen.

Die Regierung Berlusconi scheint bedacht, die Fehler von 1994 zu vermeiden. So ist der Umgangston mit der parlamentarischen Opposition (noch?) konzilient, die Zusammenarbeit mit den drei Verbänden des »Gewerkschaftskartells« wird gesucht, und die Schlüsselpositionen im Kabinett sind – teilweise mit Parteilosen – kompetent besetzt. Die Forderungen des Unternehmerlagers, artikuliert vor allem von der Confindustria, decken sich ohnehin weitgehend mit den Vorstellungen der Regierung. Ferner wurden die Juniorpartner in der Koalition fester als vor sieben Jahren in die Verantwortung eingebunden, was die Gefahr von Intrigen und Manövern hinter den Kulissen mindert. Und schließlich sind die vollmundigen Versprechungen teilweise bereits vor der Wahl erheblich abgeschwächt worden. Stolpersteine für den Premierminister bilden die Lösung des Interessenkonflikts zwischen seinem Amt und seinem Medienimperium, sowie die Reihe der gegen ihn hängigen Strafverfahren.

Die Ziele der Regierung sind ambitiös, wobei der Schwerpunkt im wirtschaftspolitischen Bereich liegt. Sie stellen auf schnelle Anregung der Konjunktur bei gleichzeitiger wesentlicher Beschleunigung des Strukturwandels ab. Den gegenüber der EU eingegangenen Verpflichtungen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen will man gleichwohl nachkommen. Die Osterweiterung der EU wird befürwortet, doch wünscht man eine langsamere Gangart sowie, dem spanischen Beispiel folgend, auch weiterhin den ungeschmälernten Zufluss von Geldern aus den verschiedenen EU-Fonds.

Im sozialen Klima zeichnen sich Spannungen ab. Erstmals seit vier Jahrzehnten ziehen die drei großen Verbände des »Gewerkschaftskartells« lohnpolitisch nicht mehr am gleichen Strang, wie sich beim jüngst erfolgten Tarifabschluss in der Metallindustrie zeigte.

Die Wirtschaftspolitik dürfte zunächst rasche Erfolge auf strukturpolitischem Gebiet suchen, die wenig Geld kosten. Denn der Elan wird durch finanzpolitische Zwänge gebremst, die auch für konjunkturstimulierende Maßnahmen wenig Raum lassen. Hierfür eröffnen sich erst im Zuge der konjunkturellen Erholung in den Jahren nach 2002 größere Möglichkeiten. Der Start für ein neues »Miracolo economico« wird sich zumindest deutlich verzögern.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellten sich wie folgt dar: In den USA nahmen Nachfrage und Produktion um 5% zu. In Japan ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% gestiegen. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3,8%. In Westeuropa wurde das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,3% ausgeweitet. In der EU waren es ebenfalls 3,3%, im Euro-Raum erhöhte es sich um 3,4% und in Deutschland um 3%. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um 8%. Der Wechselkurs des Euro sank im Schnitt des Jahres auf 0,92 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandierte in einer Größenordnung von 12%.

In Italien hat sich das Wirtschaftswachstum nach der starken Verlangsamung im zweiten Quartal spürbar beschleunigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte um 2,9%, trotz sehr schwachem Lageraufbau und rascher zunehmender Einfuhr. Die entscheidenden Impulse kamen vom starken weltwirtschaftlichen Aufschwung. Aber auch die Wirtschaftspolitik wirkte stimulierend. Das gilt hauptsächlich für den weiter absackenden Wechselkurs des Euro, doch hat auch die Finanzpolitik in ihrem Konsolidierungseifer weiter nachgelassen. Beschäftigungszunahme und Preisauftrieb beschleunigten sich. Die Leistungsbilanz war etwa ausgeglichen.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen (+ 10,2%) war die weitaus dynamischste Komponente auf der Nachfrage-seite. Nach der Stagnation im Jahre 1999 resultierte die Exportzunahme hauptsächlich aus den sehr rasch gestiegenen Lieferungen in Regionen außerhalb der EU; dies war auch eine Reaktion auf den Ausfuhrückgang in diese Gebiete während der Krisen 1997/98. Der Import wurde nur um 8,3% ausgeweitet. Da sich die Terms of Trade infolge Euro-Schwäche und Ölpreisanstieg erheblich verschlechterten, verzeichnete die Leistungsbilanz keinen Überschuss mehr, sondern schloss lediglich ausgeglichen.

Die Bruttoanlageinvestitionen erhöhten sich mit 6,1% lebhafter als 1999 (+ 4,6%), überdurchschnittlich getragen von den Ausrüstungsinvestitionen. Von der seit 1999 gegebenen Möglichkeit, bis Ende 2000 Gewinne steuerbegünstigt in Ausrüstungsgüter zu investieren wurde, wie in diesen Fällen üblich, erst vor ihrem Auslaufen von dieser Regelung lebhaft Gebrauch gemacht. Außerdem waren die Zinsen niedrig, in der verarbeitenden Industrie nahm die Auslastung der Kapazitäten laufend zu, und das Geschäftsklima besserte sich bis zum Spätsommer. Da der Wohnungsneubau kräftig an Schwung gewann, blieb die Baukonjunktur lebhaft, obwohl bei Altbauten der steuerinduzierte Sanierungsboom der Vorjahre auslief.

Der **private Konsum** (+ 2,9%) belebte sich zunächst spürbar, angeregt durch die Verbesserung des Konsumklimas. Stützend wirkten zunehmende Beschäftigung, deutlich steigende Löhne und eine Verringerung der Sparquote um einen Prozentpunkt. In der zweiten Jahreshälfte wurden jedoch vor allem langfristige Güter nicht mehr so lebhaft nachgefragt, weil die wieder beschleunigte Teuerung den Kaufkraftanstieg bremste. Der **öffentliche Verbrauch** expandierte mit 1,6% etwa im Ausmaß des Vorjahres.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage weiter, teils konjunkturbedingt, teils als Folge der in den Vorjahren allmählich liberalisierten Arbeitsgesetzgebung, die auch befristete Arbeitsverhältnisse sowie Teilzeitarbeit ermöglichte. Die Beschäftigung erhöhte sich um 1,5% (1999:1,2%, 1998:1%, 1997: 0,4%). Überwiegend wurden neue Teilzeitarbeitsplätze geschaffen. Da auch die Zahl der Arbeitslosen zurückging, sank die Arbeitslosenquote – überdurchschnittlich bei Frauen und Jugendlichen – um 0,8 Prozentpunkte auf 10,5% im Jahresdurchschnitt.

Nach 1,7% im Jahre 1999 stiegen die **Konsumentenpreise** im Schnitt des Jahre um 2,9%, hauptsächlich bedingt durch das stark verteuerte Rohöl und die Aufwertung des US-Dollar, die ein Anziehen der industriellen Erzeugerpreise um 6% bewirkten. Zuletzt hatten sich auch die Nahrungsmittelpreise beschleunigt erhöht. Der von der Lohnstückkostenentwicklung ausgehende Inflationsdruck war relativ gering.

Wirtschaftspolitik

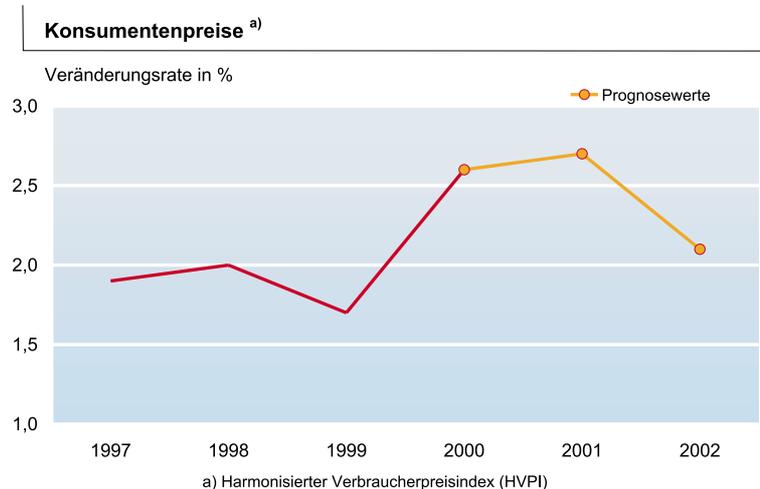
Die neue Regierung plant einen raschen und durchgreifenden Strukturwandel der italienischen Volkswirtschaft. Sie hat zahlreiche wirtschaftspolitische sowie mittelbar wirtschaftlich relevante Ziele definiert, deren kurzfristige Realisierung jedoch der Quadratur des Kreises gleichkommt: Die Schaffung von mindestens 1,5 Mill. neuen Arbeitsplätzen während der fünfjährigen Legislaturperiode. Eine neue »Legge Tremonti« zur Stimulierung der Investitionen. Die baldige Inangriffnahme von mindestens 40% der im »Piano decennale per le grande opere« vorgesehenen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, verbunden mit einer neuen »Legge obbiettiva« zur effizienteren und zügigeren Planung und Ausführung. Senkung der Einkommensteuersätze. Anhebung der Mindestpensionen. Sanierung der Sozialversicherung. Abschaffung von Erbschafts- und Schenkungssteuer. Finanzielle Anreize und schärfere Kontrollen, um einen Teil der Schattenwirtschaft zum »Auftauchen« zu bringen. För-

derung der Rückkehr von im Ausland arbeitenden italienischen Spezialisten und des Zuflusses von Auslandskapital, auch um die »New Economy« zu stärken. Übernahme der EU-Richtlinie zur Teilzeitarbeit. Reform des Baurechts (genehmigungsfreie Umbauten und Renovierungen innerhalb von Wohnbauten). Reform des Gesellschaftsrechts (»Diritto societario«). Ferner ist ein schärferes Vorgehen gegen die Kriminalität, eine Verringerung bürokratischer Vorschriften (bis Ende 2001 sollen mindestens 500 Gesetze und 190 Mill. Erlasse annulliert werden), ein Stop der laufenden Schul- und Universitätsreform, sowie die Übertragung von Kompetenzen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sicherheitswesen auf die Regionen vorgesehen. Die mit der EU-Kommission abgestimmten mittelfristigen Ziele bei der Konsolidierung des Staatshaushalts sollen eingehalten werden.

Insgesamt wirkt die **Wirtschaftspolitik** im engeren Sinne auch heuer noch stimulierend auf die Konjunktur. 2002 lässt die Stimulanz jedoch nach.

Eine nennenswerte Stütze der Konjunktur bildet im laufenden Jahr der hohe Wechselkurs des US-Dollar. Im kommenden Jahr, bei leicht aufwertendem Euro, schwächt sich die anregende Wirkung ab. Auch wird die Finanzpolitik allmählich wieder auf Konsolidierungskurs einschwenken. Demgegenüber gehen von der Geldpolitik leichte Impulse aus.

Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB) hatte vom November 1999 bis Oktober 2000 ihren Schlüsselzins in sieben Schritten von 2,5% auf 4,75% erhöht. Begründet wurden die Anhebungen mit der das Wachstum des Produktionspotentials übersteigenden Produktionsausweitung im Euro-Raum und der konjunkturellen Überhitzung in einigen Ländern sowie dem ölpreis- und wechselkursbedingten Teuerungsschub. Wie die Entwicklung sowohl der langfristigen als auch der kurzfristigen Zinsen zeigt, konnte die



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

EZB auf diese Weise zunächst die aufkommenden Inflationserwartungen dämpfen: Der von 3% im Durchschnitt 1999 auf 5,1% im November 2000 gestiegene Satz für Dreimonatsgeld ging zuletzt auf 4,3% zurück. Ob man auf die Taylor-Regel, die McCallum-Regel, den langfristigen Durchschnitt oder den Realzins abstellt – kurzfristige Finanzierungen sind nach wie vor günstig.

Die Rendite langlaufender Staatsanleihen erreichte zuletzt im September 2000 mit 5,6% ihr Hoch, sank bis März 2001 auf 5,1% und erhöhte sich anschließend im Zuge steigender Inflationsraten wieder. Gleichzeitig verlangsamte sich der Anstieg der Geldmenge M3 (des ersten Pfeilers der Zwei-Säulen-Strategie der EZB) im Euro-Raum und näherte sich der geplanten jahresdurchschnittlichen Ausweitung um 4,5% p.a.. Nach der jüngst neu definierten Abgrenzung von M3 – was einer Revision nach unten gleichkam – entsprach deren Anstieg zuletzt annähernd dieser Vorgabe. Der zweite Pfeiler, ein mittelfristiger Anstieg der Konsumentenpreise (HVPI) um weniger als 2% p.a., bereitete jedoch Sorgen. Nach beschleunigter Inflation zu Anfang und am Ende des letzten Jahres, sowie im Mai 2001 – hauptsächlich verursacht durch die Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln sowie den wieder gestiegenen Dollarkurs – schwächt sich der Preisauftrieb auch in Italien wieder ab. Im Mai 2001 lag die Teuerungsrate im Euro-Raum mit 3,4% wesentlich über dem EZB-Ziel. Gleichwohl hat die EZB ihren Leitzins zu Beginn des gleichen Monats um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf 4,5% gesenkt unter Hinweis auf die abzusehende Verlangsamung des Preisauftriebs u.a. als Folge von gerade noch moderatem Lohnanstieg und das deutliche Einschwenken des Wirtschaftswachstums auf den Potentialpfad. Im Verlauf dieses Jahres könnte es noch zu einem oder zwei kleinen Zinsschritten kommen, auch mit Blick auf den rasanten Zinsrückgang in den USA. Angesichts des Inflationsschubs von April/Mai wären diese aber kaum zu verantworten, solange es nicht zu einer nachhaltigen Verlangsamung des Preisauftriebs gekommen ist.

Für Italien ist eine Lockerung der monetären Zügel unter Stabilitätspolitischen Gesichtspunkten noch nicht vertretbar, kommt wegen der abflauenden Konjunktur jedoch gelegen. Allerdings entfaltet sich die Wirkung erst im Jahre 2002, in dem die Geldpolitik dann leicht expansiv sein wird.

Die Finanzpolitik ist in der ersten Hälfte 2001 wieder aus dem Ruder gelaufen, und dürfte die Konjunktur heuer insgesamt stützen. Das war allerdings abzusehen. Denn üblicherweise trachten die Regierungen vor wichtigen Wahlen, ihre Chancen durch deutlich steigende öffentliche Ausgaben zu wahren. Unerwartet kommt jedoch das Ausmaß der Etatüberschreitung: Allein in den ersten vier Monaten 2001 wurde vorläufigen Berechnungen zufolge der für das Gesamtjahr budgetierte Finanzierungsfehlbetrag der öffentlichen Hand ausgeschöpft. Ein derzeit noch laufender »Kas-

sensturz« könnte sogar ein noch schlechteres Ergebnis zeitigen. Das mit der EU-Kommission im Mittelfristigen Konsolidierungsprogramm abgesprochene Ziel – Verringerung des öffentlichen Finanzierungsdefizits auf 0,8% des BIP – ist daher obsolet, auch weil die Konjunktur schlechter läuft als im Staatshaushalt unterstellt und die Regierung Steuer- und Abgabenerhöhungen ausschließt; gleiches gilt für das für 2002 vorgesehene Defizit von 0,5% des BIP. Für die versprochene generelle Senkung der Einkommensteuer in Verbindung mit einem nur noch dreistufigem Steuersystem, der Anhebung der Mindestrenten um etwa 17% auf 1 Mio. LIT besteht daher auf absehbare Zeit kein finanzieller Spielraum. Die forcierte Inangriffnahme bereits geplanter Investitionen in die öffentliche Infrastruktur wird man ebenso strecken oder verschieben müssen wie fast alle anderen Vorhaben, die Geld kosten. Für die Neuauflage der »Legge Tremonti« dürfte dies jedoch nicht gelten. Vorgesehen ist – mit Gültigkeit für die Jahre 2001 und 2002 – die Möglichkeit für Unternehmen bis zu 50% ihres Jahresgewinns für jene Investitionen steuerfrei zu behalten, die über dem durchschnittlichen Investitionswert der letzten fünf Jahre liegen. Erfahrungsgemäß wird diese Möglichkeit ganz überwiegend erst gegen Ende des (vermutlich um einige Monate verlängerten) Begünstigungszeitraums genutzt, belastet also das Budget erst 2002 und 2003. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand dürfte heuer bei 2% des BIP liegen und 2002 bei anziehender Konjunktur auf 1,7% zurückgehen. Die Ende 2000 mit 112% des BIP ausgewiesene Bruttoverschuldung der öffentlichen Hand übertraf die Vorgaben und wird zunächst nur noch wenig sinken.

Die Lohnpolitik schien ihre Linie beizubehalten: Das jüngst zwischen den beiden großen gemäßigten Gewerkschaftsverbänden (CISL, UIL) und den Großunternehmen der Metallindustrie ausgehandelte Abkommen mit Pilotfunktion auch für andere Bereiche und Branchen sieht monatliche Lohn erhöhungen um 150 000 LIT und eine Einmalzahlung von 450 000 LIT vor. Die traditionell eher kämpferisch eingestellte und mächtigste CGIL-FIOM zog jedoch erstmals seit vier Jahrzehnten nicht mit, und rief zum Streik für höhere Anhebungen auf. Sollte dieser Riss im Gewerkschaftskartell tiefer oder gar weiter gehen, dann wäre diese Konkurrenzsituation für eine weitere Lohnmäßigung ungünstig, wie die Erfahrungen in kleineren italienischen Wirtschaftszweigen sowie u.a. in Finnland besonders während der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gezeigt haben.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen werden angenommen: In den Vereinigten Staaten erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ungefähr 1 $\frac{1}{2}$ %. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagniert in Japan etwa auf dem Niveau des Jahres 2000. In Mitteleuropa nehmen Nach-

frage und Produktion um knapp 2³/₄% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttosozialprodukt um fast 2% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland annähernd 1¹/₄% beträgt. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis im Jahresdurchschnitt etwas unter das Niveau von 2000. Der Wechselkurs des Euro beträgt durchschnittlich 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels steigt in einer Größenordnung von 4¹/₂%.

In Italien hatte sich das Wirtschaftswachstum, wesentlich gestützt durch einen starken unfreiwilligen Lageraufbau zunächst in kaum verändertem Tempo fortgesetzt. Im Sommerhalbjahr ist eine deutliche Verlangsamung zu erwarten, obwohl das Konsumklima bei weiter zunehmender Beschäftigung seit Jahresbeginn eine erhebliche Verbesserung erfuhr. Doch die seit einem Jahr zu beobachtende Verschlechterung des Geschäftsklimas in der verarbeitenden Industrie signalisiert eine schwächere Produktionsentwicklung, und die Unternehmen planen eine verhaltenere Ausweitung ihrer Investitionen. Ferner macht sich die ungünstigere weltwirtschaftliche Lage erst jetzt voll beim Export bemerkbar. Und schließlich wird die Korrektur der Lagerhaltung, verstärkt durch den konjunkturellen Abschwung, die konjunkturelle Entwicklung deutlich bremsen. Hieran dürften auch die mit dem Wahlsieg Berlusconi vielfach entstandenen Hoffnungen auf ein baldiges neues »Miracolo economico« nichts ändern, zumal der Staat bei angespannter Haushaltslage wenig Raum für kostspielige Konjunkturspritzen hat. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um ungefähr 2% expandieren. Der Preisauftrieb schwächt sich seit der Jahresmitte ab. Die Leistungsbilanz bleibt etwa ausgeglichen.

Die Zunahme der **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen wird sich mit ca. 5% gegenüber dem Vorjahr vermutlich annähernd halbieren. Zwar stimuliert der nach wie vor hohe Wechselkurs des US-Dollar weiterhin. Aber, und das ist für die Entwicklung entscheidend, die Flaute der Weltkonjunktur bremsst deutlich. Das gilt auch für den Absatz in Westeuropa, wo bereits im Vorjahr in erheblichem Umfang noch mehr Marktanteile verloren gingen als auf dem Weltmarkt. Das liegt weniger an den Exportpreisen als an dem mit 8% seit zehn Jahren stagnierenden Ausfuhranteil hochtechnologischer Produkte (dieser erhöhte sich bei den EU-Exporten insgesamt im gleichen Zeitraum von 13 auf 19%). Die Lieferungen hochpreislicher und hochqualitativer Konsumgüter bleibt jedoch im kräftigen Aufwind. Das gilt nicht nur für Westeuropa und die USA, sondern auch für das unter Konsumschwäche leidende Japan. Da auch die **Einfuhr** stark an Schwung verliert und schwächer als die Ausfuhr steigt, und sich die Terms of Trade nur noch wenig verschlechtern, dürfte die **Leistungsbilanz** wieder ungefähr ausgeglichen schließen.

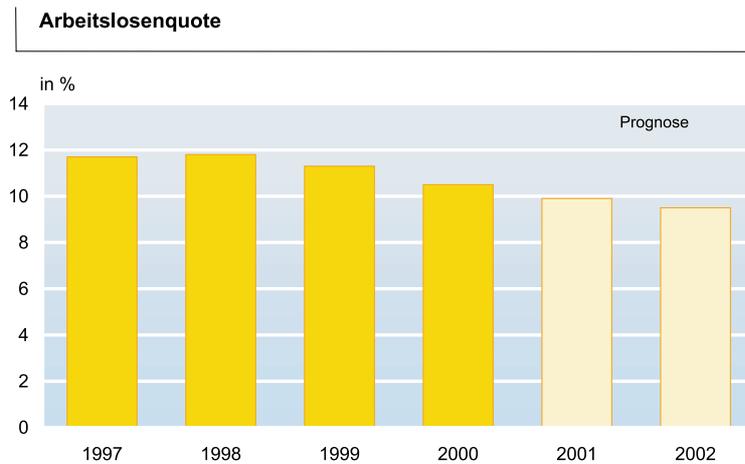
Die **Bruttoanlageinvestitionen** nehmen nur noch in einer Größenordnung von 2¹/₂% zu. Die Abschwächung der Investitionskonjunktur, die auch der vom ISAE in diesem Frühjahr durchgeführte Investitionstest bestätigt, und die von der deutlichen Verschlechterung des mittels Unternehmensbefragungen erhobenen Geschäftsklimas im bisherigen Verlauf dieses Jahres unterstrichen wird, betrifft Bau- und Ausrüstungsinvestitionen gleichermaßen. Ursache ist nicht nur die konjunkturelle Verlangsamung, sondern auch die in beiden Bereichen während der Vorjahre durch Steuervergünstigungen nach oben verzerrte Entwicklung. Die Bauinvestitionen erhöhen sich kaum, auch weil die Regierung wegen der angespannten Kassenlage weniger Aufträge vergeben wird. Die Ausrüstungsinvestitionen expandieren zwar lebhafter, aber ebenfalls erheblich verlangsamt, zumal die Ab-

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2000	2001 ^{a)}				2002 ^{a)}		
		ISAE ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,4	2,3	2,5	2,3	2,4	2,7	2,5
Inlandsnachfrage	2,3	2,9	2,6	2,7	2,0	2,9	2,9	2,7
Privater Verbrauch	2,9	2,3	2,2	2,6	2,3	2,4	2,6	2,5
Staatsverbrauch	1,6	1,2	1,1	1,4	1,4	1,0	1,1	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	6,1	5,1	3,5	3,9	3,0	4,3	4,7	4,2
Exporte ^{f)}	10,2	6,4	5,6	7,1	8,2	5,8	7,5	6,1
Importe ^{f)}	8,3	8,1	6,9	7,9	7,7	7,5	8,1	7,1
Industrieproduktion	3,1	n.a.	2,8	n.a.	n.a.	2,6	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	2,6	2,2	2,6	2,2	2,7	1,5	1,9	2,2
Arbeitslosenquote	10,5	9,8	9,9	9,8	10,0	9,5	9,3	9,2
Leistungsbilanz ^{g)}	0,1	- 0,1	0,2	0,2	- 0,3	0,1	0,3	- 0,1
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	- 1,5	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 1,1	- 1,0	- 1,2

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Istituto di Studi e Analisi Economica, Rom, vom April 2001. – ^{c)} Associazione PROMETEIA, Bologna, vom April 2001. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2001. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2001. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

satz- und Ertragsaussichten weniger günstig beurteilt werden und die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie weiter sinkt, aber heuer immer noch über dem Durchschnitt der neunziger Jahre von 77% liegen wird. An der schwachen Investitionskonjunktur ändert in diesem Jahr auch eine Neuauflage der »Legge Tremonti« nichts. Derartige Ankurbelungsprogramme werden in Italien erfahrungsgemäß erst gegen Ende ihrer Laufzeit angenommen – dann aber sehr intensiv.

Der private Konsum nimmt mit fast 2% zwar spürbar langsamer als 2000, aber immer noch ziemlich robust zu, obwohl die Reallohne nur wenig steigen. Aber das auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobene Konsumklima hat sich seit Jahresbeginn erheblich verbessert und im Juni das höchste Niveau seit elf Jahren erreicht, was mit den durch die neue Regierung geweckten Konjunkturerwartungen zusammenhängen dürfte. Auch nimmt die Beschäftigung – vorwiegend im Teilzeitbereich – weiter zu. Und die Zinsen dürften weiter sinken, sodass sich der aufwärts gerichtete Trend bei der Sparquote fortsetzt. Der öffentliche Verbrauch steigt um reichlich 2%.

Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage weiter, wenn auch nicht mehr so kräftig wie in den letzten Jahren, wobei das ausgeprägte Ungleichgewicht zwischen Nord- und Süditalien bestehen bleibt. Das hat nicht nur konjunkturelle Gründe, sondern ist auch auf das allmähliche Auslaufen der beschäftigungsschaffenden Effekte der 1998 erfolgten Zulassung flexiblerer Arbeitsverträge zurückzuführen. Wiederum entfällt der Löwenanteil des Stellenzuwachses auf Teilzeitarbeit. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf knapp 10% sinken.

Die Konsumentenpreise sind bis Mitte des Jahres kräftig gestiegen, bedingt durch höheren Dollarkurs, witterungs-

bedingt erheblich verteuerte Nahrungsmittel und anziehende Energiepreise. Seither lässt der Preisauftrieb nach. Diese Tendenz dürfte sich bis zum Jahresende fortsetzen, wofür auch die Entwicklung der Erzeugerpreise spricht. Energie- und Nahrungsmittelpreise geben nach, und die Lohnstückkosten steigen moderat. Die Verbraucherpreise dürften das Niveau von 2000 um etwa $2\frac{3}{4}\%$ übertreffen.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden unterstellt: In den USA steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich $2\frac{1}{2}\%$. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um ca. 1% zu. In Mitteleuropa expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast $3\frac{1}{2}\%$. In Westeuropa, der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa $2\frac{1}{2}\%$; in Deutschland dürfte die Rate bei $2\frac{1}{4}\%$ liegen. Der Einfuhrpreis für Rohöl beträgt im Schnitt des Jahres in den westlichen Industrieländern ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) entsprechen etwa dem Niveau von 2001. Der Wechselkurs des Euro liegt im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von $6\frac{1}{2}\%$.

In Italien gewinnt die Konjunktur zunehmend an Dynamik. Stimulierend wirkt in erster Linie die weltwirtschaftliche Erholung, aber auch die Wirtschaftspolitik gibt Anregungen, und die Maßnahmen der Regierung zur Behebung der strukturellen Mängel sowie der damit verbundene Optimismus bei Wirtschaft und Privaten bewirken ein Weiteres. Dies, obwohl die angespannte Lage des Staatshaushalts keine umfangreichen Konjunkturspritzen erlaubt. Von der konjunkturellen Beschleunigung werden alle großen Nachfrageaggregate mit Ausnahme des öffentlichen Verbrauchs erfasst. Besonders deutlich dürfte der Umschwung des Lagerzyklus ausfallen. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandiert vermutlich um ca. $2\frac{1}{4}\%$, bei allmählich rascher zunehmender Beschäftigung. Der Preisauftrieb lässt zunächst weiter nach, obwohl die Löhne etwas schneller steigen. Die Leistungsbilanz schließt erneut etwa ausgeglichen.

Der Export von Gütern und Dienstleistungen dürfte sich um etwa $5\frac{1}{2}\%$ erhöhen. Im Verlauf bedeutet das eine zunehmende Beschleunigung. Die weltwirtschaftliche Erholung im allgemeinen und der konjunkturelle Aufschwung in Westeuropa im Besonderen geben kräftige Anregungen. Zudem wird die Ausfuhr nach wie vor vom hohen Wechselkurs des US-Dollar begünstigt. Bei etwas schneller als bei den Handelspartnern steigenden Lohnstückkosten ver-

schlechtert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit leicht und es werden nochmals Anteile am Welthandel eingebüßt. Der **Import** nimmt etwas schneller zu als der Export. Da jedoch die Terms of Trade günstiger werden, dürfte die **Leistungsbilanz** erneut etwa ausgeglichen schließen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (ca. + 3¹/₂%) gewinnen ebenfalls deutlich an Tempo. Das gilt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen, die von der neuen »Legge Tremonti« stimuliert, im zweiten Halbjahr kräftig anziehen, bevor die steuerliche Begünstigung Ende 2002 ausläuft. Erfahrungsgemäß werden die Bestellungen gegen Jahresende derart zunehmen, dass die Auslieferung der Ausrüstungsgüter vielfach ins erste Jahresdrittel 2003 hinein verschoben werden muss. Anregend wirken auch die sich im Zuge der konjunkturellen Erholung verbessernden Absatz- und Ertragsaussichten, die wachsende Auslastung der Kapazitäten sowie die günstigen Zinsen. Die Bauinvestitionen dürften hingegen erst ansatzweise an Dynamik gewinnen, da der Staat seine hochgespannten Ziele in diesem Bereich aus finanziellen Gründen nur teilweise realisieren kann. Der Wohnungsbau tendiert weiterhin aufwärts.

Der **private Konsum** beschleunigt sich allmählich, und wird um etwa 2¹/₄% ausgeweitet. Die realen verfügbaren Einkommen nehmen vor allem dank zunächst noch rückläufiger Inflation stärker zu. Rascher steigende Beschäftigung, Konjunkturerholung sowie der aus den Strukturreformen resultierende Schwung werden das Konsumklima günstig beeinflussen, sodass die Sparquote weiter sinkt. Der **öffentliche Verbrauch** wird vermutlich mit rund 2% etwa im bisherigen Rhythmus ausgeweitet.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich weiter, wobei konjunkturelle und strukturelle Faktoren zusammenwirken. Die erstere Komponente kommt erst im Laufe des zweiten Halbjahrs zum Tragen, da der Arbeitsmarkt ein Nachläufer der Konjunktur ist. Die auf eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes abzielenden Änderungen des Arbeitsrechts werden hingegen rasch wirksam. Bei allmählich wieder schneller zunehmender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf ca. 9¹/₂% zurückgehen.

Der **Preisaufrieb** dürfte zumindest während des ersten Halbjahrs, also in der Frühphase des neuen Aufschwungs bei schwach steigenden Lohnstückkosten, weiter nachlassen, wesentlich bedingt durch die weitere Preisberuhigung auf dem Energiesektor und eine allmähliche Abschwächung des Dollarkurses. Die **Konsumentenpreise** dürften um etwa 2% über dem Niveau von 2001 liegen.

Abgeschlossen am 14. Juli 2001